



NATIONALE
STELLE
ZUR
VERHÜTUNG
VON
FOLTER

2. November 2015

PRESSEMITTEILUNG

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH deutschsprachiger Nationaler Präventionsmechanismen in Wien

Wiesbaden/Wien – Die österreichische Volksanwaltschaft, die schweizer Nationale Kommission zur Verhütung von Folter und die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter aus Deutschland trafen sich vom 28. bis 30. Oktober 2015 in Wien zu einem zweiten Erfahrungsaustausch. Der Schwerpunkt des diesjährigen Treffens lag auf der Durchführung von Besuchen in Alters- und Pflegeheimen, in denen freiheitsbeschränkende Maßnahmen durchgeführt werden; das sind zum Beispiel die Nutzung von Bettgittern oder die Gabe von Medikamenten zur Ruhigstellung.

Dem Thema Alten- und Pflegeheime wird sich die Nationale Stelle nach ihrer zu diesem Zweck erfolgten personellen Aufstockung verstärkt widmen. Um Einblicke in die Besuchspraxis zu erhalten, begleiteten die schweizer und die deutsche Delegation die auf diesem Gebiet seit Jahren tätige Volksanwaltschaft bei Besuchen in österreichischen Alten- und Pflegeheimen. Zudem befassten sich Mitglieder im Rahmen eines Treffens mit dem österreichischen Bundesministerium für Inneres mit der Wahrung von Menschenrechten in der Polizeiarbeit.

Der Vorsitzende der Länderkommission, Staatssekretär a.D. Dopp, und der Leiter der Bundesstelle, Ltd. Regierungsdirektor a.D. Lange-Lehngut, äußerten sich zufrieden: "Wir sind hoch erfreut, dass nach der Initiative der deutschen Nationalen Stelle bereits zum zweiten Mal ein solch intensiver Erfahrungsaustausch stattfinden kann und danken den österreichischen Kollegen für die Ausrichtung. Gerade im Bereich Sozialeinrichtungen können wir sehr viel voneinander lernen." Für das Jahr 2016 ist das nächste Treffen in Bern verabredet.

Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter, bestehend aus der Bundesstelle und der Länderkommission, nahm im Mai 2009 ihre Arbeit auf, nachdem die Bundesrepublik Deutschland das Zusatzprotokoll zur UN-Antifolterkonvention ratifiziert hatte. Sie ist Deutschlands Einrichtung für die Wahrung menschenwürdiger Unterbringung und Behandlung im Freiheitsentzug und wird durch regelmäßige Besuche an Orten der Freiheitsentziehung, bundesweit etwa 13.000, präventiv tätig. Zu diesem Zweck hat sie die Behandlung der dort untergebrachten Personen zu prüfen und Empfehlungen abzugeben.

Kontakt:

Jennifer Bartelt und Susanne Schuster, Tel.: 0611-1602228-18 / 24, Fax: 0611-1602228-29
Email: info@nationale-stelle.de